

Roland Döhrn und Christoph M. Schmidt

# Nettolöhne – wo ist der Skandal?

#20 vom 26. September 2007



Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung,  
Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Tel. 0201/81 49-0  
rwi@rwi-essen.de, <http://www.rwi-essen.de/positionen>

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2007

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.



## Nettolöhne – wo ist der Skandal?

Roland Döhrn und Christoph M. Schmidt<sup>1</sup>

*BILD* hat es an den Tag gebracht, und Deutschland hat einen neuen Armuts-skandal, den „Nettoskandal“: Angeblich liegt das Nettoeinkommen deutscher Arbeitnehmer inflationsbereinigt heute nur auf dem Stand von vor 20 Jahren. Man muss aber nur ein wenig genauer hinsehen, um festzustellen, dass hinter alledem weniger ein Skandal steht, als ein falscher Umgang mit an sich ebenso offensichtlichen wie eindeutigen Zahlen. Natürlich ist in den vergangenen Jahrzehnten der durchschnittliche Lebensstandard in Deutschland deutlich gestiegen, und selbstverständlich gilt dies auch für die überwältigende Zahl der Arbeitnehmer. Um dies zu erkennen, muss man sich die Daten, die das Bundesministerium für Arbeit bereits im Juni in seinem Statistischen Taschenbuch (BMA 2007) veröffentlicht hatte, nur mit etwas (Sach-)Verstand anschauen. Offenbar lässt die Sehnsucht nach einem zugkräftigen Argument für die Einführung von Mindestlöhnen oder nach Aufmerksamkeit in den Medien eine nüchterne Betrachtung der Realität aber nur noch sehr bedingt zu. Davon sollte sich die Öffentlichkeit nicht beirren lassen.

---

<sup>1</sup> RWI Essen und Ruhr-Universität Bochum (Christoph M. Schmidt). – Wir danken Thomas K. Bauer, Sonja Kassenböhrer und Joachim Schmidt für wertvolle Kommentare und Anregungen und Chanika Remest für die technische Unterstützung.

## 1. Vergleichbares vergleichen

Statistiken dienen dazu, die komplexe Realität zu verdichten, um deren wichtigste Aspekte herauszuarbeiten. Im vorliegenden Falle geht es um die „Nettorealverdienste je Arbeitnehmer“. Diese werden aber nicht für jeden einzelnen Arbeitnehmer aufgelistet, da man aus dieser Informationsfülle nichts Sinnvolles mehr lernen könnte. Stattdessen wird nach einer geeigneten Durchschnittsgröße gesucht. Diese wird berechnet, indem zunächst die Gesamtsumme der Bruttolöhne und -gehälter um die insgesamt im gleichen Zeitraum von den Arbeitnehmern zu zahlenden Steuern und Sozialabgaben vermindert wird. Der verbleibende Betrag wird sodann durch den Preisindex für die Lebenshaltung dividiert, um zu berücksichtigen, dass er aufgrund der Inflation im Zeitablauf an Kaufkraft verliert. Schließlich wird die so ermittelte Kennziffer auf die Zahl der Arbeitnehmer bezogen, um einen durchschnittlichen Nettoverdienst zu ermitteln.

Derartige Berechnungen sind kein Selbstzweck, sondern dienen dazu, dem Betrachter einen verlässlichen Eindruck von der aktuellen Lage zu vermitteln. Will man sinnvolle Vergleiche über die Zeit anstellen, muss man diese Berechnung durchschnittlicher Nettoverdienste selbstverständlich für eine vergleichbare Gruppe von Arbeitnehmern durchführen, z.B. für vollzeitbeschäftigte Arbeiter in Westdeutschland oder für halbtagsbeschäftigte Angestellte in Ostdeutschland. Ändert sich die Gruppe, die vom so berechneten Durchschnitt repräsentiert wird, ist diese Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben. Dies zu ignorieren, kann zu völlig unsinnigen Interpretationen führen. Genau dies ist ganz offensichtlich beim so genannten „Nettoskandal“ der Fall.

Bei den vom Bundesarbeitsministerium veröffentlichten Zahlen handelt es sich – daran ist auch gar nichts auszusetzen, so lange man damit sachgemäß umgeht – um Durchschnittswerte über die Gesamtheit der im Bundesgebiet beschäftigten Arbeitnehmer. Dieses statistische Konstrukt hat seit Anfang der Neunzigerjahre in der Tat einen fallenden Verlauf. Dies wird, und darin wird der Skandal gesehen, in der aktuellen Debatte von vielen so interpretiert, als habe sich der Lebensstandard der Arbeitnehmer in Deutschland verschlechtert und sei heute gerade einmal genau so hoch wie vor 20 Jahren. Diese Interpretation ist aus einer Reihe von Gründen völliger Nonsens.

Erstens hat sich das Bundesgebiet zwischen 1986 und heute sehr drastisch verändert. Zur Bundesrepublik sind die neuen Bundesländer hinzugekommen. Die Bundesbürger im Osten der Republik insgesamt, vor allem aber die beschäftigten Arbeitnehmer, haben in Folge der Wiedervereinigung einen gewaltigen Sprung in ihrem materiellen Lebensstandard erlebt, sie starteten allerdings zu Beginn der Neunzigerjahre auch mit einem sehr großen Defizit. Um den noch keineswegs vollendeten Aufholprozess zu ermöglichen, haben die Bundesbürger im Westen in den Folgejahren zudem auf einen Teil des Zu-

wachses in ihrem eigenen materiellen Wohlstand verzichtet, den sie ansonsten erreicht hätten. Die Nettoverdienste für Westdeutschland 1986 mit denen für Gesamtdeutschland 2006 zu vergleichen, ist somit doppelt problematisch.

Zweitens hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Teilzeitbeschäftigung erheblich an Bedeutung gewonnen, und deutlich mehr Menschen als früher streben eine geringfügige Beschäftigung an. Daran ist per se nichts Schlechtes, denn dies reflektiert insbesondere – wenn auch keineswegs ausschließlich – die gestiegene Einbindung von Frauen ins Erwerbsleben. Darüber hinaus wäre die Beschäftigungszunahme in der jüngeren Vergangenheit ohne eine wachsende Bedeutung der geringfügigen Beschäftigung kaum denkbar gewesen. Vor allem aufgrund dieser Veränderungen, in einem geringeren Ausmaß aber auch aufgrund tarifvertraglich vereinbarter kürzerer Arbeitszeiten, hat die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer deutlich abgenommen. Betrug sie 1986 noch 1 688 Stunden im Jahr, so waren es 2006 mit gerade noch 1 436 Stunden – rein rechnerisch, denn viele müssen sicherlich heute härter arbeiten als früher – nurmehr 85% des ursprünglichen Arbeitseinsatzes.

Drittens erfordert eine aussagekräftige Analyse der Veränderung des Lebensstandards der Arbeitnehmer in Deutschland eine Betrachtung der verfügbaren (Netto-)Einkommen von Arbeitnehmerhaushalten und nicht nur der Arbeitsverdienste, denn auch für Arbeitnehmer haben sich die Einkommensquellen im Zeitablauf verändert. Auch sie beziehen inzwischen zum überwiegenden Teil Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeiten. Diese Analyseaufgabe übernehmen in Deutschland die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung, die für die vergangenen zwei Jahrzehnte bei deutlich steigendem Wohlstandsniveau lediglich eine moderate Steigerung der Einkommensungleichheit nachweisen. Letztendlich ist aber auch diese Betrachtung noch unvollständig, denn selbstverständlich erhalten Bürger für ihre Beiträge zu den öffentlichen Haushalten, die sie in Form von Steuern und Abgaben entrichten, auch eine gewisse Gegenleistung – z.B. in Gestalt von Straßen oder Bildungseinrichtungen, aber auch der Sozialtransfers –, die man in Anschlag bringen müsste. Diese Gegenleistung von Bund, Ländern und Gemeinden mag – was hier nicht diskutiert werden soll – von den Steuerzahlern oft als zu gering und der Umgang mit Steuermitteln vielfach als zu lax empfunden werden. Aber sie zu ignorieren, ist schlichtweg falsch.

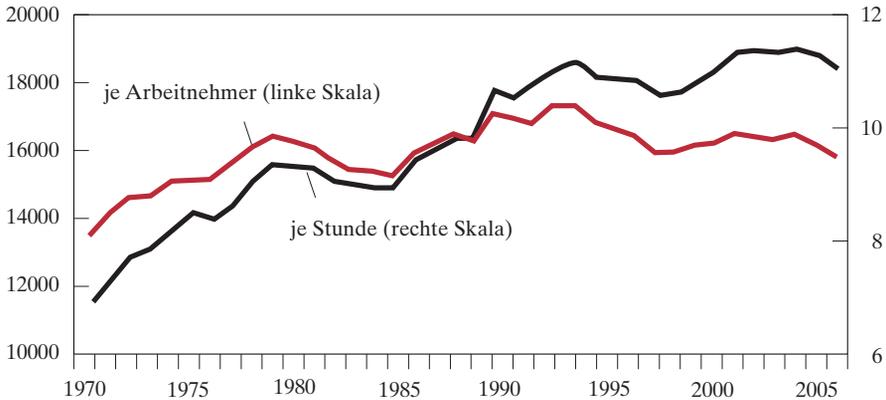
## 2. Was ist wirklich passiert?

Der eigentliche Skandal besteht somit im leichtfertigen Umgang mit einer – nicht gerade sinnvoll berechneten – statistischen Kennziffer, die offenbar gerade recht kommt, um allerlei wirtschaftspolitische Forderungen daran zu knüpfen. Aber wie interpretiert man diese Zahlen richtig? Zunächst ist es – wie erwähnt – sinnvoller, auf die Nettoverdienste je geleisteter Arbeits-

Schaubild 1

**Nettorealverdienste in Deutschland**

1970 bis 2006; in Preisen von 2000; in €



Nach Angaben in BMA 2007.

stunde zu schauen. Diese weisen durchgängig einen steigenden Trend auf, wenn sie auch in einzelnen Jahren durchaus zurückgehen können. Pro Stunde gerechnet sind die Realverdienste der Arbeitnehmer in Deutschland zwischen 1986 und 2006 um 18% gestiegen (Schaubild 1).

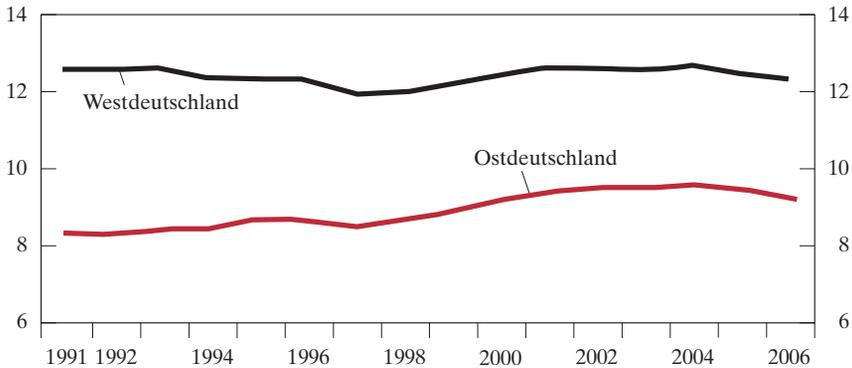
Differenziert man nun, wie es von Anfang an hätte geschehen müssen, zwischen Ost- und Westdeutschland, dann ergibt sich ein gemischtes Bild. Es verdeutlicht, dass einfache Aussagen zur Einkommenssituation der Arbeitnehmer nicht möglich sind. Die Nettorealverdienste je Stunde stagnieren in Westdeutschland seit 1991 auf allerdings hohem Niveau, während sie im Osten immer noch deutlich niedriger als im Westen, im Trend aber deutlich gestiegen sind. Im vergangenen Jahr waren sie knapp 15% höher als 1991 (Schaubild 2). Eine sektorale Betrachtungsweise würde das Auge für weitere Differenzierungen öffnen: Verloren gingen in den vergangenen Jahren traditionell gut bezahlte Tätigkeiten in der Industrie, während neue Stellen im häufig niedriger entlohnten Dienstleistungssektor entstanden.

Das Bundesministerium für Arbeit stellt die reale Einkommenssituation der Arbeitnehmer also bereits anhand eines wenig geeigneten Indikators dar. Zu weiteren Fehlinterpretationen lädt es dann aber geradezu ein, indem es in der gleichen Tabelle auch die Abzüge pro Kopf ausweist, diese aber nominal. Naturgemäß sieht der Zuwachs der Steuern und Abgaben im Vergleich zum inflationsbereinigten Einkommen immer dramatisch aus, weil die Steuern allein schon inflationsbedingt stark steigen („heimliche Steuererhöhungen“). Will man beide Reihen sinnvoll vergleichen, muss man die Abgaben um den Einfluss der Inflation bereinigen. Dies geschieht hier, indem auch sie durch den

Schaubild 2

**Nettorealverdienste je Stunde in West- und Ostdeutschland**

1991 bis 2006; in €



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder und des IAB.

Preisindex für die Lebenshaltung dividiert werden. Die so berechneten „realen Abgaben“ sind zwar heute 20% höher als vor 20 Jahren. Den größten Zuwachs gab es allerdings es zwischen 1990 und 1997, als die Lasten der Wiedervereinigung zu tragen waren. Seitdem ist die Abgabenlast real rückläufig; zwischen 1997 und 2006 ist sie immerhin um fast 7% gesunken. Ein häufig übersehenes Detail ist dabei, dass die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – aus denen die Angaben in Schaubild 3 entnommen sind – die Belastung der Arbeitnehmer tendenziell überzeichnen, weil Steuererstattungen nicht bei der Lohn-, sondern der veranlagten Einkommensteuer gebucht werden.

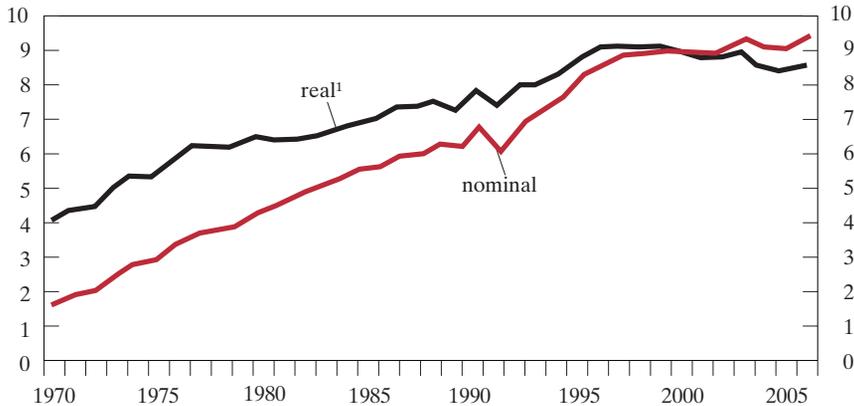
Während die einen dennoch niedrigere Steuern und Abgaben fordern, um die Realverdienste zu stärken, rufen andere nach einem höheren Lohnanstieg bzw. gar nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Untermauert wird diese Forderung zusätzlich durch einen Verweis auf die große Differenz der Zuwächse bei den Nettorealverdiensten gegenüber denen bei Unternehmens- und Vermögenseinkommen und dem mit dieser Differenz verbundenen Sinken der Lohnquote.<sup>2</sup> Bei Fragen der Einkommensverteilung kann es

<sup>2</sup> Hier soll nicht weiter dem Thema nachgegangen werden, dass – wie in der Geschichte der Bundesrepublik stetig der Fall – bei starkem Wachstum des allgemeinen Lebensstandards und gleichzeitiger nur moderater Zunahme der Einkommensungleichheit auch das Einkommen der Personen am unteren Ende der Lohnskala steigt. Auch ist in der jüngeren Geschichte zu würdigen, wie kohärent sich die deutsche Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung präsentiert. Durch die Öffnung des eisernen Vorhangs drängen die osteuropäischen Länder mit den von ihnen produzierten Gütern auf den Weltmarkt – was die deutschen Konsumenten offenbar sehr wohl genießen. Sie treten damit indirekt in Konkurrenz zum hiesigen Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund sind die hier diskutierten Zahlen wohl eher eine Reflektion von Gemeinschaftlichkeit denn von Spaltung.

Schaubild 3

**Steuern und Abgaben auf Arbeitnehmereinkommen**

1970 bis 2006; in 1 000 €



Nach Angaben in BMA 2007. – <sup>1</sup>Deflationiert mit Verbraucherpreisen.

jedoch nie eine objektiv richtige oder falsche Bewertung geben, so dass es durchaus legitim ist, wenn manche eine stärkere Nivellierung der Einkommen anstreben. Die Forderung nach höheren Lohnabschlüssen bzw. nach der Einführung eines Mindestlohns ist dafür allerdings aufgrund der Doppelfunktion von Löhnen als Einkommen einerseits und als Kosten andererseits ein untaugliches Rezept. Werden die Löhne stärker erhöht und gelingt es den Unternehmen nicht, die höheren Arbeitskosten durch Rationalisierungen aufzufangen, steigen die Preise, und der anfängliche Nominallohnanstieg wird durch eine höhere Inflation aufgezehrt. Gelingt es hingegen den Unternehmen, durch eine Steigerung ihrer Produktivität den Kostenanstieg zu verdauen, geht dies zu Lasten der Beschäftigung. Zwar würden dann die Nettoeinkommen steigen, aber für eine geringere Zahl von Arbeitnehmern und insbesondere nicht für die danach arbeitslosen. Dies nicht zur Kenntnis zu nehmen, stellt in der aktuellen Debatte die tatsächliche „Unwucht“ dar.

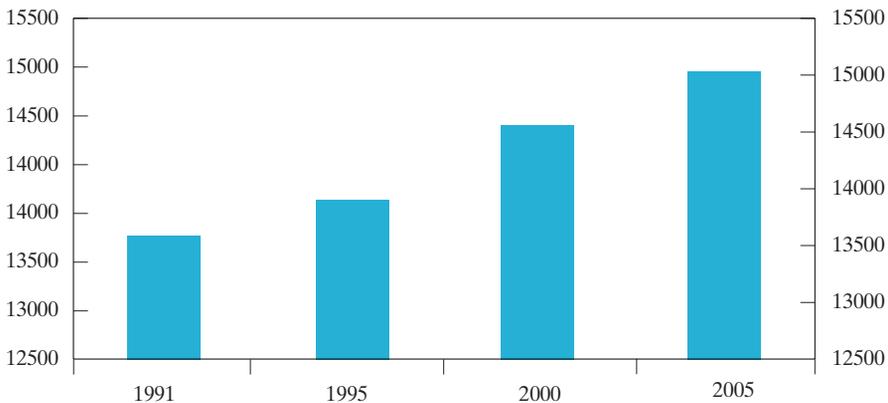
### 3. Fazit: Kein Argument für Mindestlöhne

Alles in allem muss man also erheblich sorgsamer hinschauen, will man das Einkommen der Menschen in diesem Land charakterisieren. Noch weit schwieriger wird es, wenn man Aussagen zum Wohlstand oder zur Armut machen will. Einfache, dazu noch ungeeignet berechnete Kennziffern sind dabei keineswegs hilfreich. Insbesondere muss man ins Bild nehmen, dass sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nicht nur aus Löhnen, son-

Schaubild 4

**Real verfügbares Einkommen in Arbeitnehmerhaushalten je Haushaltsmitglied**

1991 bis 2005; in konstanten Preisen von 2000; in €



Nach Angaben in Klose, Schwarz 2006.

dern auch aus staatlichen Transfers sowie Einkommen aus Gewinnen und Vermögen zusammensetzt. Daher fließt den meisten nun Geld aus mehreren Quellen zu. Zudem tragen oft mehrere Einkommensbezieher zum Familieneinkommen bei, was bei einer sinnvollen Interpretation der statistischen Zahlen zu berücksichtigen ist. Das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte ist jedenfalls, inflationsbereinigt und je Haushaltsmitglied gerechnet, zwischen 1991 und 2005 um etwa 10% gestiegen (Schaubild 4). Dies heißt nicht, dass nicht höhere Realeinkommenssteigerungen wünschenswert wären. Um aber aufzuzeigen, wie dies zu erreichen wäre, bietet der pauschale Blick auf die Nettoeinkommenssteigerungen je Arbeitnehmer keinerlei Anhaltspunkte.

So zeichnet sich beispielsweise ab, dass es – wie von der Familienpolitik gewünscht – künftig vermehrt gelingen kann, Erwerbs- und Familienarbeit in Lebenspartnerschaften anders aufzuteilen und die Qualifikationen junger Mütter für den Arbeitsmarkt zu erhalten. Wenn man diesen die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit einräumt, während der Lebenspartner, um seinen Beitrag zur Erziehungsarbeit zu leisten, seine Erwerbstätigkeit einschränkt, würde dies in der verqueren Logik des „Nettoskandals“ jedoch als ein Griff in die Tasche der Arbeitnehmer interpretiert. Eine ähnliche Fehlinterpretation wäre vorprogrammiert, gelänge es, vermehrt Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese verfügen häufig über geringere Qualifikationen und damit auch Verdienstmöglichkeiten. Fänden sie dennoch wieder einen Arbeitsplatz, wodurch sich ihr persönliches Einkommen gegenüber dem Arbeitslosengeld II durchaus erhöhen kann, dürften sie das Durchschnittseinkommen je Arbeitnehmer ebenfalls reduzieren.

Was die Zahlen zu den Nettoealverdiensten in Deutschland allerdings auf keinen Fall hergeben, ist ein zugkräftiges Argument für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. Erstens kann man sich darüber doch trefflich streiten, ob deren Entwicklung als unbefriedigend empfunden wird – eine Stagnation jedenfalls, wie aktuell vielfach behauptet, hat es keinesfalls gegeben. Und zweitens muss man bedenken, dass ein Mindestlohn lediglich die Verdienste derjenigen erhöhen kann, die vor seiner Einführung weniger verdient und nach seiner Einführung ihren Arbeitsplatz behalten haben (Bauer, Schmidt 2007). Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sollte man daher wohl nur dann anstreben, wenn einem die Beschäftigung in Deutschland unbefriedigend hoch erscheint. Davon kann sicherlich keine Rede sein.

## Literatur

- Bauer, Th.K. und Ch.M. Schmidt (2007), Mindestlöhne und das Entsendegesetz. *Wirtschaftsdienst* 87 (3): 160–163.
- BMA – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2007), *Statistisches Taschenbuch 2007*. Berlin. Internet: [www.bmas.de/coremedia/generator/19434/statistisches\\_taschenbuch\\_2007.html](http://www.bmas.de/coremedia/generator/19434/statistisches_taschenbuch_2007.html)
- M. Klose und N. Schwarz (2006), Einkommen nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen. *Wirtschaft und Statistik* 2006 (12): 1296–1308.